

## Geopolitisches Wunschdenken

Erhard Crome

**B**undeskanzler Scholz hat in der Prager Karls-Universität eine Rede zur Europäischen Union gehalten. In dieser aber geschieht nichts ohne Symbolik. Die Römischen Verträge 1957 wurden im Saal der Horatier und Curiatier unterzeichnet, an der Wand ein Monumentalgemälde, wie Romulus und Remus, die Gründer von Rom, entdeckt wurden, darunter eine Riesenstatue von Papst Innozenz X. Der „Konservatorenpalast“ steht am Kapitolsplatz, in dessen Mitte die Reiterstatue von Kaiser Marc Aurel. Die EWG von 1957 hatte mit den Mitgliedstaaten Italien, Frankreich, den Benelux-Staaten und der BRD die Ausmaße des Reiches von Karl dem Großen, der im Jahre 800 in Rom zum Kaiser gekrönt wurde.

Olaf Scholz versucht es ebenfalls mit Geschichte. Er erklärt Prag zu einem „Europa im Kleinen“ und Kaiser Karl IV. zum geborenen „Europäer“. Der hatte 1348 die Prager Universität gegründet. Allerdings war dies nicht nur die erste Universität in Mitteleuropa, sondern bis 1882 auch die älteste deutsche Universität, bis diese im Zuge des Sprachenstreits in Österreich in zwei Universitäten aufgeteilt wurde, eine deutsche und eine tschechische. Karl IV. war kein Vorläufer der EU, sondern Kaiser des „Heiligen Römischen Reiches“, Prag dessen Hauptstadt. Das Königreich Frankreich war damals Feind des Deutschen Reiches betreffs Hegemonie auf dem Kontinent. Das ebenfalls mächtige Königreich Polen wollte von einer Dominanz des Deutschen Reiches nichts wissen, das Königreich Ungarn achtete streng auf seine Eigenständigkeit. Karl IV. ist kein Säulenheiliger für eine EU im Sinne von Rom, sondern für ein deutsches Europa.

Scholz erklärt ganz offen, dass es nicht um demografische, wirtschaftliche oder ethische Begründungen geht, sondern um „die geopolitische Dimension“. In diesem Sinne sollten „die Ukraine, die Republik Moldau, perspektivisch auch Georgien“ und die sechs Staaten des Westbalkans „zu uns gehören“. In der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts müsse die EU mit den USA zurechtkommen, auch mit China konkurrieren. So müsse „das Gewicht des geeinten Europas noch viel stärker zur Geltung“ gebracht werden. Es brauche „eine geschlossen handelnde Europäische Union“. Nun dürfte die Weltkonkurrenz mit China kaum Interesse von Kroatien oder des Westbalkans sein. Es handelt sich um die kaschierte

Interessenlage Deutschlands als geoökonomische Macht mit globalen Interessen, vor deren Karren die anderen EU-Staaten sowie die Beitrittsländer gespannt werden sollen. Die Ukraine als deutschen Einflussraum hatte schon Kanzler von Bethmann Hollweg im Sinn. Kanzler Scholz stellt sich in diese Tradition, das Wachsen der EU in Richtung Osten sieht er als Gewinn.

Zur Zukunft der EU hat Scholz vier Vorschläge präsentiert. Dazu will er in der Außenpolitik „schrittweise zu Mehrheitsentscheidungen“ übergehen. So müsste er das Einstimmigkeitsprinzip abschaffen, was wiederum einstimmig beschlossen werden müsste. Dazu müssten auch Orbán aus Ungarn und Polens Kaczyński zustimmen. Zweitens plädiert Scholz für „europäische Souveränität“. Dass diese weltpolitischen Ambitionen, darunter „nachhaltige Freihandelsabkommen“ mit dem globalen Süden, ein Problem Deutschlands sind, nicht aber der kleineren EU-Staaten, ist offensichtlich. Drittens meint er, die EU müsse ihre „Reihen schließen“, weil Putins Russland Krieg in der Ukraine führt. Ob es angesichts dessen gelingt, die inneren Widersprüche der EU zu kaschieren, dürfte fraglich sein. Am Ende plädiert Scholz für eine europäische Fiskalpolitik. Das war aber bereits in der Finanzkrise Vehikel deutschen Hegemonialstrebens.

Auf der Pressekonferenz am Ende des Scholz-Besuchs sagte Ministerpräsident Petr Fiala, er habe der Rede des Bundeskanzlers an der Karls-Universität nicht beiwohnen können. Zur Änderung von Entscheidungsverfahren, von der Einstimmigkeit wegzukommen, müsse er jedoch sagen: „Die Tschechische Republik ist in diesem Sinne sehr zurückhaltend. Wir nehmen diese Bemühungen wahr. Wir hören auch auf die Argumente im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung und der Aktionsfähigkeit.“ Jedoch sei „die Position Tschechiens in diesem Falle sehr zurückhaltend und vorsichtig.“ Mit anderen Worten: Scholzens Anmutungen wurden bereits zeitnah vor Ort dementiert. 🌐

Dr. habil. Erhard Crome

geb. 1951, Politikwissenschaftler und Publizist, geschäftsf. Direktor des *WeltTrends*-Instituts für Internationale Politik

[crome.institut@welttrends.de](mailto:crome.institut@welttrends.de)

